

Pressemitteilung Nr. 15/2007

Köln/Berlin, 10. August 2007

Vattenfall fühlt sich an kommunale Beschlüsse nicht gebunden Betroffene des Braunkohletagebaus erhielten keinen Zutritt zur Hauptversammlung

Köln/Berlin - Bei der gestrigen Aktionärsversammlung von Vattenfall Europe in Berlin wurden Betroffene möglicher neuer Tagebaue nicht als Gäste zugelassen. Das Unternehmen betrachtet kommunale Beschlüsse gegen neue Tagebaue als nicht bindend, ergaben Nachfragen der Kritischen Aktionäre.

"Vattenfall will Braunkohletagebaue auch gegen den Willen der Lausitzer Dörfer durchsetzen. Damit setzt sich das Unternehmen in Widerspruch zur Unternehmenspraxis im Mutterland Schweden", erklärt René Schuster von der Grünen Liga, der mit der Vollmacht des Dachverbands der Kritischen Aktionäre an der Veranstaltung teilnahm. "Künftig will Vattenfall außerdem die Kontrolle durch öffentliche Hauptversammlungen völlig abschaffen. Das ist das Gegenteil der versprochenen Transparenz und Offenheit."

Betroffene aus der Lausitz hatten gestern vor dem Eingang der Vattenfall-Hauptversammlung gegen neue Braunkohletagebaue protestiert. Der Zutritt zur Hauptversammlung war ihnen danach verwehrt worden, weil das Unternehmen die Eintrittsregeln verschärft hatte. Die bisherige Möglichkeit, als Gast eines Aktionärs an der Versammlung teilzunehmen, war abgeschafft worden.

Auf die Frage, ob Vattenfall künftig (wie in Schweden üblich) auch kommunale Beschlüsse akzeptieren werde, antwortete der Vorstand umständlich aber letztlich eindeutig: Öffentliches Interesse könne "dazu führen, dass ein gegen die Braunkohle gerichteter Beschluss im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens nicht berücksichtigt werden kann." Im Klartext: Widerspenstige Kommunen sollen auch künftig unter Druck gesetzt werden.

Der schwedische Mutterkonzern versucht derzeit, die Anteile verbliebener Kleinaktionäre zwangsweise zu kaufen. Nachdem dieses Squeeze-out beim Handelsregister eingetragen sei, werde es künftig keine öffentlichen Hauptversammlungen bei Vattenfall Europe geben, hatte Vorstandsvorsitzender Cramer in der Hauptversammlung angekündigt. Damit soll es auch keine Kontrolle der Vorstandspolitik durch kritische Aktionäre mehr geben.

Hintergrundinformationen: www.lausitzer-braunkohle.de

Kontakt:

René Schuster, GRÜNE LIGA, Mobil-Tel. 0151-14420487

Markus Dufner, Geschäftsführer des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre

Tel. 0221 / 599 56 47, Fax: 0221 / 599 10 24

dachverband@kritischeaktionaeere.de, www.kritischeaktionaeere.de